

Fernunterrichtsangebote:

ZAR-Journal vom 6. November 2023

Arbeitsrecht:

- Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit
- Arbeitszeit, Teilzeit, Befristung und Urlaub im Arbeitsrecht
- Fachreferent/in für Arbeitsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für arbeitsrechtliche Spezialgesetze (IHK)
- Mutterschutz und Elternzeit im Arbeitsrecht

Fachübergreifende Rechtslehrgänge:

- Rechtsassistent/in (IHK)
- Rechtsreferent/in (IHK)

Zivil- und wirtschaftsrechtliche Lehrgänge:

- Fachreferent/in für Versicherungsvertragsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Wirtschaftsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht

Öffentliches Recht:

- Kommunalrechtsassistent/in
- Fachreferent/in für Rechtsanwaltsvergütungsrecht

Inhalt (in der Überschrift klicken)

1. Gesetzgebung: Bundesregierung informiert über gesetzliche Neuregelungen ab November 2023 1
2. Fernunterrichtsrecht: „Coaching“-Vertrag im Internet braucht nach LG Hamburg Zulassung als Fernunterricht 1
3. Besonderes Verwaltungsrecht: Bei Parken an Ladesäule mit Verbrenner ist nach VG Düsseldorf Abschleppen gerechtfertigt 2
4. Besonderes Verwaltungsrecht: Videoüberwachung des Weihnachtsmarktes 2022 in Hannover war nach VG Hannover rechtmäßig 2
5. Zivilrecht: Nach OLG Zweibrücken haftet Bauer bei abgedriftetem Spritzmittel für Ernteausschlag auf Nachbaracker 2
6. Arbeitsrecht: VG Osnabrück stellt strenge Anforderungen an Genehmigung von Sonntagsarbeit im Versandhandel 3
7. Zivilrecht: Nach AG Hannover ist Betreten benachbarten Baugrundstücks zum Schutz eigener Bäume nicht erlaubt 3
8. Arbeitsrecht: BAG zur Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit bei Arbeit auf Abruf 3
9. Datenschutzrecht: Patient hat nach EuGH Recht auf unentgeltliche erste Kopie seiner Patientenakte 4

Gesetzgebung: Bundesregierung informiert über gesetzliche Neuregelungen ab November 2023

Die Bundesregierung gibt auf ihrer Homepage einen Überblick über die gesetzlichen Neuregelungen ab November 2023: Unter anderem kommen Fluggäste schneller zu ihrem Recht, werden Qualifikationen von Fachkräften leichter anerkannt und können Braunkohlekraftwerke zur Stromproduktion befristet weiter genutzt werden. ...

Quelle: Bundesregierung

[mehr](#)

[nach oben](#)

Fernunterrichtsrecht: „Coaching“-Vertrag im Internet braucht nach LG Hamburg Zulassung als Fernunterricht

Das Landgericht Hamburg hat mit Urteil vom 19.07.2023 (Az.: 304 O 277/22) einen Coaching-Vertrag mit Zugang zu einem Videokursbereich und dem Angebot von Zoom-Meetings zum Thema „Erfolgreiche Online Shops“ (hier: Lernen, wie man T-Shirts verkauft; Preis: 6.366,50 €) als nichtig angesehen. Denn

weil es sich um Fernunterricht handele, hätte das Angebot von der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) zugelassen worden sein müssen. ...

Quelle: Landesrecht Hamburg

[mehr](#)

[nach oben](#)

Besonderes Verwaltungsrecht: Bei Parken an Ladesäule mit Verbrenner ist nach VG Düsseldorf Abschleppen gerechtfertigt

Wird ein Motorrad/Kraftrad auf einem Sonderparkplatz für Elektrofahrzeuge abgestellt, rechtfertigt die damit einhergehende Funktionsbeeinträchtigung dieser Verkehrsfläche eine Abschleppmaßnahme regelmäßig auch ohne konkrete Behinderung eines bevorrechtigten Elektrofahrzeugs, da die parkbevorrechtigten Benutzerkreise darauf vertrauen dürfen, dass der gekennzeichnete Parkraum ihnen unbedingt zur Verfügung steht. Dies hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Urteil vom 19.09.2023 (Az.: 14 K 7479/22) entschieden. ...

Quelle: NRW (Rechtsprechungsdatenbank NRW)

[mehr](#)

[nach oben](#)

Besonderes Verwaltungsrecht: Videoüberwachung des Weihnachtsmarktes 2022 in Hannover war nach VG Hannover rechtmäßig

Mit Urteil vom 10.10.2023 (Az.: 10 A 5210/22) hat das Verwaltungsgericht Hannover entschieden, dass die Videoüberwachung des Hannoveraner Weihnachtsmarktes im vergangenen Jahr rechtmäßig war. Zur Begründung verwies das Gericht unter anderem auf eine erhöhte Gefahr für Straftaten und nicht geringfügige Ordnungswidrigkeiten. ...

Quelle: Verwaltungsgericht Hannover

[mehr](#)

[nach oben](#)

Zivilrecht: Nach OLG Zweibrücken haftet Bauer bei abgedriftetem Spritzmittel für Ernteaufschlag auf Nachbaracker

Ein Kartoffelbauer blieb auch in zweiter Instanz vor dem Oberlandesgericht Zweibrücken (Beschluss vom 10.10.2023, Az.: 8 U 6/23) erfolglos und muss daher knapp 80.000 Euro Entschädigung zahlen, weil sein Pflanzenschutzmittel

auf ein benachbartes, erntereifes Rucola-Feld abgedriftet war und die dortigen Pflanzen daher nicht mehr verkauft werden konnten. ...

Quelle: Oberlandesgericht Zweibrücken

[mehr](#)

[nach oben](#)

Arbeitsrecht: VG Osnabrück stellt strenge Anforderungen an Genehmigung von Sonntagsarbeit im Versandhandel

Das Verwaltungsgericht Osnabrück hat mit Urteil vom 11.10.2023 (Az.: 1 A 119/22) entschieden, dass eine Bewilligung von Sonntagsarbeit so bestimmt formuliert sein muss, dass dem Arbeitgeber die Entscheidung, an welchen Sonntagen gearbeitet werden darf, nicht selbst überlassen wird. Außerdem wurde entschieden, dass zuvor die gesetzlich zulässigen wöchentlichen Arbeitszeiten weitgehend ausgenutzt worden sein müssen, und das auch für Nachtzeiten gelte. ...

Quelle: Verwaltungsgericht Osnabrück

[mehr](#)

[nach oben](#)

Zivilrecht: Nach AG Hannover ist Betreten benachbarten Baugrundstücks zum Schutz eigener Bäume nicht erlaubt

Ein Nachbar darf das Nachbargrundstück nicht eigenmächtig betreten, um das Wurzelwerk seiner Bäume vor Baggerarbeiten zu schützen. Etwaige Abwehransprüche müssten gerichtlich oder gegenüber den zuständigen Behörden geltend gemacht werden. Dies hat das Amtsgericht Hannover mit Urteil vom 16.10.2023 (Az.: 435 C 8845/23) entschieden. ...

Quelle: Amtsgericht Hannover

[mehr](#)

[nach oben](#)

Arbeitsrecht: BAG zur Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit bei Arbeit auf Abruf

Vereinbaren Arbeitgeber und Arbeitnehmer Arbeit auf Abruf, legen aber die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit nicht fest, gilt grundsätzlich nach § 12 Abs. 1 S. 3 Teilzeit- und Befristungsgesetz eine Arbeitszeit von 20 Stunden wöchentlich als vereinbart. Eine Abweichung davon kann im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung nur in Ausnahmefällen angenommen werden.

Dies hat das Bundesarbeitsgericht mit Urteil vom 18.10.2023 (Az.: 5 AZR 22/23) entschieden. ...

Quelle: Bundesarbeitsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Datenschutzrecht: Patient hat nach EuGH Recht auf unentgeltliche erste Kopie seiner Patientenakte

Der Europäische Gerichtshof hat mit Urteil vom 26.10.2023 (Rs. C-307/22) entschieden, dass Patienten nach der DSGVO einen Anspruch darauf haben, eine kostenlose erste Kopie ihrer Patientenakte zu erhalten. Außerdem wurde festgestellt, dass der Patient das Recht hat, eine vollständige Kopie der Dokumente zu erhalten, die sich in seiner Patientenakte befinden, wenn dies zum Verständnis der in diesen Dokumenten enthaltenen personenbezogenen Daten erforderlich ist. ...

Quelle: Gerichtshof der Europäischen Union

[mehr](#)

[nach oben](#)
